



12. Sitzung

Donnerstag, 25. August 2011

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel und Vizepräsidentin Kersten Artus

Inhalt:

		(nicht behandelt wegen Zeitablaufs)
Mitteilung der Präsidentin		
Fortsetzung der Tagesordnung	811	
Aktuelle Stunde	811	
Fraktion der GAL:		Antrag der SPD-Fraktion:
Warum kommt der SPD-Senat nicht in die Gänge? Entscheidung zum Gängeviertel ist überfällig		Verlässliche Finanzierung und Weiterentwicklung der Frauenhäuser
		– Drs 20/1218 – 821
		dazu
		Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Olaf Duge GAL	811, 816, 820	Die dauerhafte Überbelegung und personelle Unterbesetzung der Frauenhäuser endlich beenden
Andy Grote SPD	812, 817, 819	– Drs 20/1309 – 821
Jörg Hamann CDU	813, 817	
Dr. Kurt Duwe FDP	814	Annkathrin Kammeyer SPD 821
Norbert Hackbusch DIE LINKE	814, 819	Katharina Wolff CDU 822
Barbara Kisseler, Senatorin	815	Dr. Stefanie von Berg GAL 822
Fraktion der FDP:		Martina Kaesbach FDP 823
Tarnen, tricksen, täuschen – der Haushalt der SPD		Kersten Artus DIE LINKE 824
		Detlef Scheele, Senator 825
		Sabine Steppat SPD 826
(nicht behandelt wegen Zeitablaufs)		
Fraktion DIE LINKE:		Beschlüsse 827
Hilfen zur Erziehung: Ursachen der steigenden Fallzahlen klären		Antrag der CDU-Fraktion:

Beginn: 15.02 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. – Die Sitzung ist eröffnet.

Wir setzen die

Aktuelle Stunde

von gestern fort.

Ich rufe dazu das dritte Thema auf, das gestern wegen Zeitablaufs nicht mehr behandelt werden konnte, angemeldet von der GAL-Fraktion:

Warum kommt der SPD-Senat nicht in die Gänge? Entscheidung zum Gängeviertel ist überfällig.

Herr Duge wünscht das Wort und Sie haben es.

Olaf Duge GAL: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren!

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das heißt Präsidentin, wir sind nicht in der Bezirksversammlung!)

Es ist offenbar nicht nur der Eindruck der GAL, sondern auch der Eindruck mehrerer Medien, der im "Hamburger Abendblatt" und in der "tageszeitung" letzte Woche zum zweijährigen Bestehen der Künstlerinitiative im Gängeviertel verbreitet wurde, dass die Bewegung dort nicht vorangeht, sondern dass auf der Stelle getreten wird. Auch auf meine Nachfragen bei den Beratungen im Haushaltsausschuss, wie es denn dort aussehe, haben wir keine klare Antwort bekommen. Frau Senatorin Blankau wusste nur zu sagen, dass sie keine Stellung während der laufenden Verhandlungen nähme. Das ist ein ganz klares Zeichen dafür, dass keine Fortschritte erzielt worden sind. Manchmal kommt es mir so vor, dass der Senat in seinem großen roten Baulaster sitzt und mit dem Bleifuß aufs Gaspedal drückt, sodass der Motor laut vernehmbar aufheult und eine Pressemitteilung nach der anderen ausgespuckt wird wie kürzlich beispielsweise mit diesen erst einmal etwa 3000 Genehmigungen für Wohnungen.

(Andy Grote SPD: Die haben Sie nicht bekommen!)

In Wirklichkeit bewegt sich dieser Lkw nicht von der Stelle, weil die Gangschaltung immer noch im Leerlauf ist. Suchen Sie endlich einmal den richtigen Gang und legen Sie ihn ein.

(Andy Grote SPD: Sie haben es doch sonst nicht so mit dem Autofahren!)

Warum geht es denn nicht voran im Gängeviertel? Eine Entscheidung ist doch dringend notwendig und das wissen Sie auch. Das hängt nicht zuletzt mit der Bausubstanz in diesem Viertel zusammen,

denn die ist so marode, dass es notwendig sein wird, spätestens zum nächsten Winter hin einige Teile zu sichern. Die Künstlerinitiative – seit zwei Jahren dabei – hat schon sehr deutlich gezeigt, wie konstruktiv und auch kreativ sie bereit ist, hier mitzuwirken und mitzugestalten, und das ist eine riesige Chance, die wir aufgreifen sollten.

(Beifall bei der GAL)

Diese Initiative und der alte Senat haben Ihnen eigentlich schon die Wegweiser hingestellt, wo es denn weitergehen soll, aber offenbar scheint die SPD diese Wegweiser nicht zu erkennen. Aber was unter der neuen Leitung der BSU nicht verstanden wird, ist, dass das Projekt von Anfang an etwas war, das nicht so richtig in das Bauwesen passt. Es handelt sich um ein soziales Kulturprojekt mit Ausstrahlung über das Viertel selbst hinaus, doch stattdessen werden nur akribisch Wohneinheiten gezählt. Eine notwendige fachübergreifende Einbeziehung zum Beispiel der Kulturbehörde, was ein nächster Schritt gewesen wäre, bleibt aus. Ihnen fehlt dafür offenbar die Sensibilität.

Schwerwiegender finde ich aber, und das haben wir auch gestern in der Debatte gesehen, dass die ausstehenden Verhandlungen mit Initiativen, zum Beispiel auch zum Volksentscheid "UNSER HAMBURG – UNSER NETZ", und auch die mangelnde Kooperation mit freien Trägern, wie wir das ebenfalls im Sozialbereich gesehen haben, darauf hindeuten, dass dem Senat die Fähigkeit fehlt, konstruktive Gespräche oder gar Verhandlungen mit örtlichen Initiativen zu führen. Stattdessen droht der Senat sich im Rückwärtsgang zu verirren und an die Wand zu fahren.

(Dirk Kienscherf SPD: Bei Ihnen war Stillstand!)

Ein Kooperationsvertrag mit der Künstlerinitiative im Gängeviertel, der nicht auf einer Einigung beruht, sondern vom Senat diktiert wird, kann von der Initiative doch nur mit Misstrauen beäugt werden. Als fünftes Rad am Wagen ist diese Initiative wirklich nicht zu missbrauchen.

(Beifall bei der GAL)

Es ist notwendig, dass die Initiative Möglichkeiten hat, auch Fachpersonen ihres Vertrauens bei der weiteren Ausgestaltung einzubeziehen. Es ist eine unerträgliche Situation, wenn der Senat die baulich drückende Situation ausnutzt, um der Initiative einen Kooperationsvertrag vorzulegen nach dem Motto: Friss, Vogel, oder stirb. Verantwortliches Handeln erschöpft sich doch nicht darin, das alles selbst zu entscheiden, sondern auch Verantwortung und Entscheidungsmöglichkeiten an verantwortliche Träger abzugeben. Übergeben Sie deshalb die Bewirtschaftung der Bauabschnitte nicht erst am Sankt-Nimmerleins-Tag der Genossenschaft im Gängeviertel. Wer sich Verantwortung so vorstellt, dass er ständig alles in der Hand behält,

(Olaf Duge)

der hat Verantwortung falsch verstanden, denn das führt zur Gängelung.

(Beifall bei der GAL)

Deshalb fordere ich den Senat auf, endlich in die Gänge zu kommen und einen gemeinsamen, von allen Seiten getragenen Vertrag abzuschließen, damit wir endlich vorankommen.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Grote.

Andy Grote SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Duge, wenn man es nicht gewohnt ist und in große Fahrzeuge steigt, dann kann man sich schon einmal verschalten, und so ist es Ihnen eben auch gegangen.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre doch eigentlich nach zwei Jahren durchaus der Zeitpunkt, auch einmal darauf hinzuweisen, was im Gängeviertel alles erreicht wurde. Da war die GAL nicht immer an vorderster Front, wenn ich die Zeitabläufe seit der Besetzung im Sommer 2009 einmal Revue passieren lasse. Insofern ist es gut, dass die GAL-geführte Behörde am Ende einen anderen Weg eingeschlagen hat, und inzwischen ist einiges erreicht.

(Jens Kerstan GAL: Genau! und Beifall)

Es ist inzwischen klar, dass die Gebäude nicht veräußert werden und in private Hand kommen, sondern in städtischem Eigentum geführt und entwickelt werden, dass die historische Bausubstanz komplett erhalten und saniert wird und dass wir mindestens 80 geförderte günstige Wohnungen bekommen und außerdem günstige Flächen für Gewerbe und Künstler. Wir haben hier ein einzigartiges soziokulturelles Zentrum und einen insgesamt in Deutschland einzigartigen, nicht kommerziellen, künstlerisch-sozial geprägten Ort des lebendigen und vielfältigen Austausches, offen für alle. Ermöglicht wird das durch die Festsetzung des Gebiets als Sanierungsgebiet und durch eine Investition aus öffentlichen Mitteln von mehr als 20 Millionen Euro.

(Dirk Kienscherf SPD: Hört, hört!)

Das alles ist auch gar nicht streitig. Jetzt gibt es aber zwei offene Punkte und die betreffen die Absicherung der Rolle der Initiative Gängeviertel selbst im Sanierungsverfahren und bei der Nutzung der Flächen. Das sind Dinge, die jetzt in einer Kooperationsvereinbarung geregelt werden sollen. Dazu kann ich Ihnen einmal sagen, weil Sie meinen, das Wegweisende sei alles schon unter der GAL gemacht worden, welchen Sachstand wir zu diesem Kooperationsvertrag bei Regierungsübernahme vorgefunden haben, nämlich gar keinen.

Den gab es nicht, es gab nicht einmal einen Entwurf eines Kooperationsvertrages. Wenn die GAL die anderthalb Jahre ihrer Verantwortung für das Gängeviertel genutzt hätte und diesen Job auch zu Ende gebracht hätte, dann müssten wir heute nicht mehr darüber diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Nach dem Regierungswechsel wurde sofort ein Entwurf für einen Kooperationsvertrag erarbeitet. Er wurde im Mai der Initiative vorgelegt und seitdem wird kooperativ, auf Augenhöhe und partnerschaftlich in einem langen Prozess verhandelt. Das dauert dann manchmal auch ein bisschen, aber jetzt ist dieser Vertrag unterschriftsreif und er könnte sofort unterschrieben werden. Der Vertrag sichert erstmals die zentrale Rolle der Initiative als maßgeblicher Partner in allen Belangen des Gängeviertels rechtlich ab; das war unter Ihnen nicht gegeben und nicht einmal vorbereitet. Insbesondere enthält der Vertrag umfassende Mitwirkungsrechte bei der Sanierung, die Übergabe sämtlicher gewerblicher und soziokultureller Flächen an die Initiative sofort nach dem jeweiligen Ende der Sanierung, die Belegung der Wohnungen nur im Einvernehmen zwischen Stadt und Initiative und nach der Sanierung des Gängeviertels insgesamt exklusive Verhandlungen nur mit der Initiative über den Kauf des gesamten Quartiers. Das ist eine außergewöhnlich weitreichende und exklusive Partnerschaft zwischen Stadt und Initiative und auch ein großer Vertrauensbeweis, wenn wir uns überlegen, um wie viele öffentliche Gelder es geht, und das geht weit über das hinaus, was die GAL mit der Initiative vereinbart hatte.

Ich halte das vor dem Hintergrund des großen Verdienstes der Initiative um das Quartier für gerechtfertigt. Wir würden über diese Zukunftsperspektive heute nicht sprechen, wenn es die Initiative nicht gäbe. Insofern kann man das gar nicht hoch genug einschätzen. Natürlich geht es auch darum, genau diesen Charakter, der dem Viertel durch die Initiative jetzt neu gegeben wurde, auch dauerhaft abzusichern. Das sind alles Dinge, zu denen wir uns ausdrücklich bekennen.

(Beifall bei der SPD)

Aber es gibt zwei darüber hinausgehende Forderungen und die sind allerdings noch diskussionswürdig. Zum einen geht es darum, jedes einzelne Gebäude sofort nach der Sanierung komplett in die alleinige Verfügungsgewalt der Initiative zu übergeben, und in der Verfügung der Initiative heißt es dazu, einschließlich der Sozialwohnungen, die dann zwangsweise in die Genossenschaft eintreten sollen. Der zweite Punkt ist die Beauftragung eines von der Initiative mit ausgesuchten Architekten für die Planung und Durchführung, wobei die Planung wortwörtlich unabhängig von der Finanzierung sein soll. Wenn man das ein bisschen böswillig zuspitzt, könnte man sagen, die Rolle der

(Andy Grote)

Stadt solle sich nach Beginn des Verfahrens im Wesentlichen aufs Bezahlen beschränken und dabei auch mit möglichst geringer Kostenkontrolle. Das halte ich für eine unglückliche Rollenverteilung.

(Beifall bei der SPD)

Insofern sind alle Beteiligten, auch die Initiative, weiter aufgefordert, konstruktiv am Abschluss der Vereinbarung mitzuwirken. Wir werden das tun und ich hoffe, dass alle anderen das auch tun werden, einschließlich der GAL. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Hamann, Sie haben das Wort.

(Zurufe von der SPD und der GAL)

Jörg Hamann CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! "Komm in die Gänge" war Motto, das vor zwei Jahren diese Stadt erheblich aufgescheucht und aufgewühlt hat und das dazu geführt hat, dass wir bisherige Überlegungen und Projekte, die wir bis zum damaligen Zeitpunkt weitestgehend einvernehmlich zwischen allen Fraktionen entwickelt haben, noch einmal überdacht und neue Konzepte dafür erarbeitet haben. Insofern steht der Verdienst der Initiative "Komm in die Gänge" hier überhaupt nicht zur Diskussion; das haben auch meine Vorredner deutlich gemacht. Ein bisschen bedauerlich ist es aber in der Tat, dass diese Vereinbarungen, die meiner Kenntnis nach sehr wohl weitestgehend ausgehandelt und unterschriftsreif waren,

(Andy Grote SPD: Kein Stück!)

bis zum heutigen Tage nicht unterzeichnet wurden, Herr Grote.

Die Zeit rast, das weiß jeder. Das erste halbe Jahr dieses Senats seit der Wahl ist im Grunde vorbei. Wenn Sie so wollen, ist ein Achtel Ihrer Zeit gelaufen, ohne dass Sie dieses Projekt weitergebracht haben. Nun können Sie zu Recht sagen, das sei nicht allzu viel und Sie würden auf noch mehr Zeit hoffen, nur so viel Zeit, auch das haben alle Vorredner schon gesagt, hat das Gängeviertel gar nicht mehr. Wenn wir jetzt zwei Jahre Initiative feiern, ist das zwar einerseits ganz schön, aber es heißt im Grunde nur, dass sich zwei Jahre lang der bauliche Zustand weiß Gott nicht verbessert hat und dass viele, die in dem Viertel immer noch leben und auch arbeiten, ganz extrem darunter leiden, dass die Zustände so sind, wie sie heute sind. Insofern wäre es schön, wenn der Senat nun endlich mit einem Ergebnis käme.

Da hören wir jetzt von dem Kollegen Grote als Bote, es sei nun alles ausverhandelt und es gebe Vereinbarungen. Da wären wir im Grunde bei der Debatte, die wir gestern geführt haben. Wenn es

diese Vereinbarung gibt und es ausverhandelt ist, warum weiß dann das Parlament nichts davon und warum bekommt der Ausschuss es nicht? Warum bespricht man es mit Ihnen – gut, das kann ich mir noch irgendwie polittaktisch erklären –, aber warum unterrichtet man dieses Parlament nicht und legt offen auf den Tisch, was man doch angeblich so Gutes ausgehandelt hat?

(Andy Grote SPD: Haben Sie alle Ihre Entwürfe immer hier vorgelegt?)

Die zuständige und federführende Senatorin in diesem Bereich ist heute auch nicht da, Herr Kollege Grote. Es mag sein, dass sie einen Termin hat, aber auch ihr Staatsrat hat den Weg nicht hierher gefunden. Er findet ohnehin recht selten den Weg auf die Senatsbank. Da scheint die Arbeitsteilung zu sein: Der eine macht's, die andere sagt's. Ob das eine gut ist oder das andere passt, das lasse ich einmal dahingestellt sein.

(Thomas Völsch SPD: Bringen Sie hier doch einmal ein bisschen Substanz!)

Es ist insgesamt ein sehr unglückliches Bild, das Sie in dieser Situation leider erneut zeigen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie tatsächlich der Ansicht sind, dass alles so weit ausverhandelt ist, dann stellen Sie es doch hier zur Diskussion. Entscheidende Punkte haben Sie hier angesprochen, beispielsweise was mit dem Eigentum geschieht. Wer bekommt das Eigentum an dem Grundstück und damit auch letztlich an den Häusern?

(Andy Grote SPD: Wie ist denn da Ihre Meinung?)

Wenn es da Vereinbarungen mit der Initiative gibt, dann sollte man auch ganz klar sagen, ob sie eines Tages Eigentümer wird oder nicht. Irgendwelche Formulierungen zu finden, von denen ich mir habe erzählen lassen,

(Andy Grote SPD: Ach so!)

in denen es heißt, es könnte einmal sein, dass die Initiative Eigentümer wird, das wird weder der Stadt gerecht noch dem Parlament und auch nicht der Initiative. An diesem Punkt zumindest sollten Sie die Vertragstrickserei lassen,

(Andy Grote SPD: Wie möchten Sie es denn geregelt haben?)

denn das bringt unterm Strich weder der Stadt etwas noch der Initiative. Da ist Klarheit erforderlich, dass Sie sagen, was Sie wollen und was Sie für politisch vertretbar halten.

(Beifall bei der CDU)

Genauso ist Klarheit in anderen Punkten erforderlich; ich finde in der heutigen Diskussion viele Parallelen zur gestrigen Diskussion. Da war von Ihnen

(Jörg Hamann)

voller Inbrunst und Überzeugung zu hören, wie unmöglich es gewesen sein soll, die Elbphilharmonie zu bauen, obwohl Entwurfs- und Ausführungsplanung noch nicht fertig gewesen seien. Jetzt sind wir beim Gängeviertel, da haben Sie 20 Millionen Euro genannt. Meine Damen und Herren von der SPD, einmal gemessen an Ihren eigenen Maßstäben, wo ist denn die Entwurfs- und wo ist denn die Ausführungsplanung?

(Dirk Kienscherf SPD: Hat doch gar keiner gesagt, dass das getrennt werden soll!)

Wie wollen Sie denn jetzt 20 Millionen Euro bei einem zentralen Grundstück der Stadt verbauen, wie wollen Sie die entsprechenden Zuschüsse und die entsprechenden Titel beschließen, wenn nach Ihren eigenen Maßstäben die Entwurfs- und Ausführungsplanung für dieses Bauvorhaben noch überhaupt nicht da ist?

(Metin Hakverdi SPD: Aber es wurde schon gestern der Vertrag geschlossen!)

Herr Kollege Hakverdi, beantworten Sie doch beispielsweise einmal solche Fragen. Sie haben das doch alles gestern zum großen Maßstab dafür gesetzt, was unbedingt sein muss. Aber Sie halten Ihre eigenen Maßstäbe nicht ein, sondern drehen und wenden es dann letztlich, wie Sie wollen.

(Beifall bei der CDU – Dirk Kienscherf SPD: Erst ist es zu langsam, jetzt ist es zu schnell!)

Genossenschaften sind letztlich nichts anderes als Körperschaften des privaten Rechts.

(Dirk Kienscherf SPD: Genossenschaften sind schon ein bisschen mehr!)

Insofern halte ich es nicht für sinnvoll, ihnen das Eigentum zu übertragen. Und, das sei Ihnen auch mit auf den Weg gegeben, der Großteil der Zeit hier ist für Sie bereits abgelaufen, kommen Sie da in die Gänge. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält Herr Dr. Duwe.

Dr. Kurt Duwe FDP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in der Hamburger Innenstadt leider nur sehr wenige alte Stadtviertel. Es gibt nur kleine Bereiche, in denen man noch erkennen kann, wie die Stadt vor 50, 60 oder 80 Jahren ausgesehen hat. Und ich glaube, da für alle sprechen zu können, dass es ein Skandal ist, was mit dem Gängeviertel bisher geschehen ist. Es ist ein Wunder, dass es das noch gibt, und es ist der Verdienst auch und gerade dieser Künstlerinitiative, dass wir dieses Gängeviertel vielleicht noch retten können. Das sollten wir an dieser Stelle einmal betonen.

Derzeit haben wir die große Herausforderung, dass zwischen der Stadt und der Initiative eine Kooperationsvereinbarung geschlossen werden soll, wobei es der FDP sehr am Herzen liegt, dass das nicht auf Kosten Dritter – ob das Steuerzahler, Mieter oder Gewerbetreibende sind – geschehen soll. Deshalb sind wir sehr dafür, dass, wenn es einen Entwurf für diese Kooperationsvereinbarung gibt, er diesem Hause auch zugestellt wird, damit wir wissen, wie diese Vereinbarung aussieht.

Das Gängeviertel ist ein städtebauliches Highlight und es ist nicht nur ein künstlerisches Projekt. Es ist eben auch ein Bereich in Hamburg, in dem man das Recht auf Stadt einmal in Gänge betrachten sollte. Das Recht auf Stadt gibt es nicht nur für einzelne Personen, sondern das gibt es nur für alle Hamburgerinnen und Hamburger. Daher sehe ich die Stadt in der Verantwortung, dieses Gängeviertel auch weiter zu betreuen. Und ich sehe es mit etwas Erstaunen, dass man denkt, man könne einer Genossenschaft ganz schnell sehr viel Verantwortung übertragen, ohne dass gewährleistet ist, dass die Stadt dort immer noch Einflussmöglichkeiten hat. Wir sind sehr dafür, dass diese Künstlerinitiative dort arbeiten und sich auch verwirklichen kann, aber wir wollen dort Steuergelder in sehr hohem Maße investieren und dieses Gängeviertel gehört allen Hamburgerinnen und Hamburgern. Aus diesem Grunde würden wir es sehr begrüßen, wenn der Senat diese Kooperationsvereinbarung, bevor er das alles vertraglich regelt, in der Bürgerschaft noch einmal zur Diskussion stellen würde. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat der Abgeordnete Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich freue mich natürlich sehr, dass es eine so breite Unterstützung des Gängeviertels gibt. So viele lobende Worte und so viele schöne Beschreibungen sind schon einmal ein ganz guter Anfang, um das Thema angemessen behandeln zu können. Umso unklarer ist natürlich die Situation, worüber wir genau diskutieren. Das wurde eben bei dem Wortwechsel zwischen der GAL und Herrn Grote deutlich. Ich kenne diese verschiedenen Entwürfe nicht, ich bekomme sie als Parlamentarier auch nicht geliefert und da muss ich als Parlamentarier feststellen, dass wir seit zwei Jahren in einer Situation sind, die nicht vorankommt, und da muss wohl jeder in diesem Saal zustimmen, dass das unakzeptabel ist. Zwei Jahre lang, zwei Winter müssen die maroden Gebäude in gewisser Weise gesichert werden, obwohl es viele Initiativen gibt. Dieser Zustand ist unakzeptabel und das muss die Bürokratie einmal lösen. Wenn die Bürokratie das nicht schafft, dann müssen wir als Parlament das in die Hand neh-

(Norbert Hackbusch)

men, und ich möchte, dass wir jetzt diese Verträge in die Hand bekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Da kann Herr Grote auch einmal deutlich darlegen, wie der Entwurf der GAL war und wie der Entwurf der SPD gegenwärtig ist.

(Andy Grote SPD: Es gab keinen Entwurf!)

Wenn es ihn nicht gab, dann können wir darüber wenigstens debattieren, anstatt hier eine Gespensterdiskussion zu führen, die ich selbst überhaupt nicht einschätzen kann. Damit tun Sie weder Hamburg einen Gefallen noch kommen wir insgesamt dadurch in irgendeiner Form weiter.

(Andy Grote SPD: Sie waren doch bei der Pressekonferenz im Gängeviertel heute Morgen!)

– Ich war bei einigen Pressekonferenzen und habe vieles mitbekommen, aber es ist natürlich ein Unterschied, ob man etwas auf einer Pressekonferenz hört oder ob man bestimmte Sachen aus der Bürokratie, also aus den Behörden erfährt. Das sollte noch ein Unterschied sein. Ansonsten müsste ich von einer Pressekonferenz zur nächsten sausen, um Informationen zu bekommen; das geht nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt zu den Punkten, die dort einfach passiert sind. Diese Initiative war nicht nur in der Lage, einen Edelstein in dieser Stadt zu sichern, sondern sie ist auch in der Lage – mittlerweile seit zwei Jahren, nächstes Wochenende gibt es ein großes Fest – zu zeigen, wie man vitale Kultur in die Innenstadt bekommen kann, an eine Stelle, wo kaum jemand gedacht hat, dass dort überhaupt Kultur hinpassen könnte. Das alles geschieht übrigens ohne Subventionen, was hoffentlich auch ein Argument für die FDP ist. Das sollte uns doch dazu hinführen, dass wir zu dieser Genossenschaft, die das seit zwei Jahren organisiert und übrigens auch die Bauträgerschaft organisiert, großes Vertrauen haben können, weil sie bewiesen hat, dass sie in der Lage ist, so etwas durchzuführen, und das viel besser als viele Sachen, die wir staatlicherseits verordnet haben. Dementsprechend ist es doch auch vernünftig, denen das in die Hand zu geben, denn das ist nichts Einfaches, was sie dort machen. Alleine in dem Fabrikgebäude gibt es sechs verschiedene Initiativen, die auf verschiedensten Böden völlig unterschiedliche Sachen machen. Dafür braucht man Dutzende, wenn nicht Hunderte von Leuten, die das aktiv betreiben. Das haben die Initiativen und das hat diese Genossenschaft seit Jahren bewiesen und deshalb sollten sie von diesem Parlament auch das Vertrauen bekommen, dass sie die Richtigen sind, das weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich verlange, dass das in der nächsten Zeit organisiert wird. Wenn es nicht weiterkommt, dann brauchen wir umgehend die Verträge oder die Ansätze dafür in die Hand, damit es eine öffentliche Debatte in Hamburg darüber gibt und keine Debatte, bei der man gar nicht weiß, wo man steht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Frau Senatorin Kisseler.

Senatorin Barbara Kisseler: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich darf mich zunächst einmal bei der Opposition bedanken, dass sie das Thema Gängeviertel aufgerufen hat, denn sie eröffnet damit dem Senat die Gelegenheit zu verdeutlichen, welche Anstrengungen der neue Senat unternommen hat, um dieses wichtige Projekt gemeinsam mit den Menschen im Gängeviertel zum Erfolg zu führen. Ich glaube, die Geschichte des Projekts kann in diesen Räumen als bekannt vorausgesetzt werden, noch dazu, wo der Abgeordnete Grote das gerade noch einmal in dankenswerter Deutlichkeit geschildert hat.

Ich möchte gerne auf den Verhandlungsstand eingehen, den der neue Senat vorgefunden hat, nachdem im Dezember 2010 die Gängeviertelinitiative einen Entwurf für eine Rahmenvereinbarung an die BSU übermittelt hat. Die Forderungen in diesem Entwurf gingen allerdings weit über die im gemeinsamen Diskussionsprozess verabredeten Konzepte und Verfahren hinaus und daher kam es auch nicht zu einer Senatsbeschlussfassung. Es lohnt sich schon, sich noch einmal die damaligen neuen Forderungen der Initiative ins Gedächtnis zu rufen.

Erstens: Selbstverwaltung der Gebäude insgesamt. Dies sollte auch die öffentlich geförderten Wohnungen betreffen und eine Verwaltung durch die STEG wurde abgelehnt.

Zweitens: die eigene Durchführung der Sanierung beziehungsweise deren Steuerung in Kooperation mit dem Sanierungsträger. Im Falle des Scheiterns des Projekts wollten der Verein respektive die Genossenschaft Gängeviertel eine entsprechende Entschädigung für die erbrachten Leistungen erhalten.

Drittens: Gängeviertel e.V. wollte nun die Zusage der Stadt, die Grundstücke und die Gebäude nach Abschluss der Sanierung für 99 Jahre in Erbbau-pacht zu übernehmen, ohne dass Zusatzkosten gegenüber den tatsächlichen Sanierungskosten für die Initiative entstehen.

Der neue Senat hat dann in der Tat rasch reagiert. Beim ersten Besuch von Frau Senatorin Blankau im Frühjahr 2011 wurde auf Wunsch des Gänge-

(Senatorin Barbara Kisseler)

viertel e.V. vereinbart, dass über einen Kooperationsvertrag – hier jetzt mehrfach erwähnt – mit der Stadt verhandelt wird, und ein erster Vertragsentwurf des Fachamts wurde dem Verein Mitte Mai 2011 zugeleitet und in mehreren Runden intensiv und eindeutig auf Augenhöhe verhandelt.

Der Senat hat dem Verein und der Genossenschaft sehr weitgehende Zugeständnisse und umfangreiche Mitwirkungsbefugnisse eingeräumt, von denen ich hier einige nennen möchte: Er hat für die grunderneuerten gewerblichen und soziokulturellen Flächen die Selbstverwaltung auf der Grundlage eines generalen Mietvertrags mit pauschalisierten Mieten angeboten. Er hat darüber hinaus zugesagt, für die Nutzung der Wohngebäude bei Verwaltung der Objekte durch den Treuhandeigentümer der Stadt eine – ich betone – einvernehmliche Belegungsstrategie zu verfolgen, und hat dafür auch die Bildung einer gemeinsamen Belegungskommission angeboten. Schließlich ist der Senat auch weiter noch auf die Initiative zugegangen und hat der Genossenschaft das alleinige Recht eingeräumt, nach Abschluss der Sanierung mit der Stadt über einen Ankauf des Gesamtobjekts oder von Teilen des Objekts zu verhandeln.

In zwei Fragen besteht momentan noch keine Einigkeit, das ist in der Tat richtig, und zwar in der Frage der sofortigen Übergabe der sanierten Wohnungen in die Verwaltung der Genossenschaft und in der Beauftragung eines zusätzlichen versierten Architekten, der das Vertrauen der Initiative genießt.

Meine Damen und Herren! Selbstverständlich wollen wir auch über die verbliebenen Fragen mit der Initiative weiter intensive Gespräche führen, denn diese Häuser verdienen nach Jahren der Vernachlässigung mehr als eine Standardsanierung, damit die vielen historischen Details auch für zukünftige Generationen erhalten werden können.

(Beifall bei der SPD)

Allerdings sind der Möglichkeit zu weiteren Zugeständnissen des Senats dort Grenzen gesetzt, wo der Freien und Hansestadt Hamburg kein Gestaltungsspielraum verbleibt.

Die Sanierung der Gebäude ist zudem mit einer hohen städtischen Investition verbunden und umso wichtiger ist es, ganz klare Regelungen zu treffen, um die Flächen nicht für einen wie auch immer gearteten exklusiven Kreis, sondern für alle Bürger zu öffnen.

(Beifall bei der SPD)

Angesichts der guten Basis des bisher gemeinsam Erreichten und nicht zuletzt aufgrund der kulturellen und städtebaulichen Bedeutung des Projekts wollen wir die Einigung rasch auf den Weg bringen. Nach einem Beschluss über die förmliche Festlegung als Sanierungs- und Stadtumbaugebiet

könnte die Sanierung beginnen. Wir arbeiten intensiv an einer Einigung mit Verein und Genossenschaft und der Unterzeichnung des Kooperationsvertrags, der der Drucksache anliegt. 90 Prozent dieses Weges sind wir bereits gegangen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir die letzten 10 Prozent nicht auch noch schaffen. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt jetzt Herr Duge.

Olaf Duge GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es war auffällig, dass es zwischen den Ausführungen von Herrn Grote und der Senatorin Divergenzen gab. Wenn Herr Grote wörtlich sagt, der Vertrag sei unterschriftsreif, dann frage ich mich, warum er dann nicht unterschrieben worden ist.

(Beifall bei der GAL und bei *Dietrich Wersich CDU – Dirk Kienscherf SPD*: Sie können doch nicht nur Sitzungsgeld kassieren und dann nicht zuhören!)

Die Frau Senatorin erzählt uns nun, dass es offenbar an einigen Punkten hakt; es ist ganz offensichtlich, dass man dort nicht weitergekommen ist.

Ich möchte auch noch ein Wort zu diesem ominösen Kooperationsvertrag sagen, den ich im Detail nicht kenne, von dem ich aber weiß, dass im Wesentlichen Punkte darin enthalten sind, die im integrierten Entwicklungskonzept zu unserer Zeit eigentlich schon vorgesehen waren und die Sie dann nur verschriftlicht haben. Das ist dann Ihre einzige Leistung gewesen;

(*Dirk Kienscherf SPD*: Bei Ihnen reicht schon eine Audiodatei!)

die Punkte, die noch unklar waren, haben Sie nicht weiterentwickelt.

Was die Eigentumsfrage angeht, war in wesentlichen Punkten bereits in der Zeit zuvor deutlich geworden, dass das in der Hand der Stadt bleibt und später dann gekauft werden kann; auch das war also eigentlich schon vorher gelaufen. Aber an den entscheidenden Stellen ist es nicht weitergegangen. Und ich sage noch einmal, es geht dabei nicht um Kleinigkeiten, die noch vereinbart werden müssen. Die Mitglieder der Initiative, die mit ihrer ganzen Kraft dieses Kleinod – und das haben wir ihnen zu verdanken – bewahrt haben, werden bei der Gestaltung praktisch ausgeschaltet; sie sollen dort später auch wohnen

(*Karin Timmermann SPD*: Das müssen sie nicht!)

und ihre künstlerischen Aktivitäten entfalten, aber sie werden quasi zu Pausencloawns gemacht. Es geht nicht, dass sie keine Möglichkeiten bekom-

(Olaf Duge)

men, auch mit Fachleuten ihres Vertrauens an der Seite, an der Gestaltung entscheidend mitzuwirken. Hier brauchen wir Bewegung.

(Beifall bei der GAL)

Dieser Senat, ich habe es eben schon angedeutet, hat seine Schwierigkeiten damit, Gespräche mit Initiativen zu führen und in Bewegung zu kommen. Wir haben das gestern in den Diskussionen gesehen und es ist eben auch schon angesprochen worden. Ich hoffe, dass die Gespräche im Interesse der Stadt – denn wir haben alle gewollt, dass dieses Projekt vorangebracht wird – endlich weiterkommen und auf eine gemeinsame Basis gestellt werden. Ich sehe immer noch die Gefahr, dass hier auf Zeit gespielt wird. Die Gebäude stehen kurz vor dem Zusammenbruch und es kann nicht angehen, dass man der Initiative einen Kooperationsvertrag vorlegt, den sie dann entweder nur annehmen oder ablehnen kann. Das ist keine Verhandlungsbasis.

Und ich frage mich in diesem Zusammenhang noch etwas. Am 19. September will der Bürgermeister Olaf Scholz im "KörperForum" an einer Podiumsdiskussion mit dem Titel "Wie viel Macht den Bürgern?" teilnehmen. Ich bin sehr gespannt darauf, weil es hier genau um das Thema geht,

(Dr. Till Steffen GAL: Der ist für die Gegenthese zuständig!)

wie man mit Menschen verfährt, die nicht alles so lassen wollen, wie es ist. Ich frage mich, wo geht es hin.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält Herr Grote.

Andy Grote SPD: Frau Präsidentin! Herr Duge, nur noch ein paar kurze Anmerkungen – wo ist er?

(Dr. Andreas Dressel SPD: Hier! Er hat sich zu uns gesetzt!)

– Alles klar.

Divergenzen kann ich beim besten Willen nicht feststellen. Ganz deutlich gesagt: Es liegt ein im Prinzip unterschriftsreifer Text vor, aber an zwei Punkten gibt es noch keine Einigung mit der Initiative. Die sind beide auch genannt worden und darüber muss jetzt noch gesprochen werden.

Aber ich finde es interessant, dass die GAL nun als großer Initiativenversther auftritt und uns vorwirft, wir könnten mit denen überhaupt nicht reden. Ich möchte Sie daran erinnern, Herr Duge, wie Ihre Partei sich geäußert hat, als im Gängeviertel vor ungefähr zwei Jahren das Manifest "Not In Our Name" vorgestellt wurde, aus dem dann die Initiative "Recht auf Stadt" hervorgegangen ist – alles, was jetzt im Nachhinein praktisch als GAL-Idee darge-

stellt wird. Ihr kreativpolitischer Sprecher hat das damals als bornierten Kulturbolschewismus bezeichnet.

(Beifall bei der SPD und bei Robert Bläsing FDP)

Ich will jetzt gar nicht all die Bürgerbegehren aufzählen, die Schwarz-Grün in diversen Bezirken evoziert hat, aber es ist doch auffällig, dass Ihr Verständnis für Initiativen in der Opposition immer stark zunimmt, Herr Duge.

Dann frage ich auch einmal, was die GAL denn eigentlich will. Ich habe Ihnen dargestellt, welche Punkte noch offen sind. Das ist in Wahrheit auch kein Geheimnis, denn darüber wird ständig geredet und in der Zeitung berichtet. Das Gängeviertel hat sich auch heute Morgen dazu geäußert und es noch einmal ganz deutlich gemacht. Auch die Position der Stadt ist bekannt; ich habe noch einmal wiederholt, wo es Schwierigkeiten gibt. Wenn Sie sagen, es müsse jetzt sofort, unmittelbar eine Lösung her, was soll dann passieren? Soll den Forderungen der Initiative komplett nachgegeben werden oder sollen die Verhandlungen abgebrochen werden? Was ist Ihr Vorschlag, das möchte ich von Ihnen jetzt einmal hören.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen ist es natürlich so, dass der Prozess auf Augenhöhe verläuft. Das ist ein Verhandlungsprozess und der erste Entwurf hat sich inzwischen an sehr vielen Stellen verändert. Das ist jetzt ein völlig anderer Vertrag, wie es eben ist, wenn zwei Partner auf Augenhöhe miteinander verhandeln. Das führt aber auch dazu, dass es länger dauern kann, vielleicht auch länger, als Ihnen lieb ist. Aber das kann nicht dazu führen, dass wir einseitig sagen, jetzt aber Schluss. Wir werden auch die letzten Meter des Weges noch in aller Ruhe gehen und so lange werden Sie noch Geduld haben müssen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass es genug Kompromissfähigkeit auf beiden Seiten gibt, das zum guten Abschluss zu bringen. Bei der Frage des Architekten, der das vonseiten der Initiative begleitet, kann ich mir ein Entgegenkommen durchaus vorstellen, bei der Alleinverfügung über sämtliche Flächen inklusive Wohnungen finde ich das außerordentlich schwierig. Aber ich würde von Ihnen auch gerne einmal ein Argument zur Sache hören, statt dass Sie sich nur beschweren, ohne den Sachstand überhaupt zu kennen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Herr Hamann das Wort.

Jörg Hamann CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Geschätzte Frau Senatorin Kisser, wie haben Sie gestern so schön gesagt: Kei-

(Jörg Hamann)

ne Spielchen mehr. So schnell holen einen die eigenen Worte ein. Was sind das denn hier für Spielchen?

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Es geht um ein zentrales Grundstück und eines der wichtigsten Projekte in dieser Stadt und die SPD-Fraktion gibt sich informiert oder dann doch nicht informiert und das Gleiche gilt für den Senat.

(Dirk Kienscherf SPD: Nur Sie sind nicht informiert! Das würde mir zu denken geben!)

Uns wird brockenweise, genau wie gestern, eine Informationspolitik hingeworfen, was wir vielleicht wissen dürfen. So genau wissen Sie scheinbar auch in diesem Punkt wieder nicht, was oder wohin Sie wollen. Uns wird mit voller Inbrunst vom Kollegen Grote und von der Senatorin erzählt, der Vertrag sei unterschriftsreif, aber an zwei wesentlichen Punkten sei er noch nicht unterschriftsreif. Was ist das für ein Vertrag? Entweder Sie haben sich geeinigt und er ist unterschriftsreif oder nicht.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Was ist das für ein Umgang mit dem Parlament, den Grünen vorzuwerfen, sie hätten keinen Vertrag hinbekommen, sich selbst aber hinzustellen und zu sagen, wir haben einen unterschriftsreifen Vertrag, aber so ganz unterschriftsreif ist er doch noch nicht.

(Jan Quast SPD: Wer hat das Thema denn angemeldet? Hätten Sie gewartet!)

Hin und her, Mick und Muck – Sie wissen überhaupt nicht, was Sie da machen, und Sie wissen anscheinend auch nicht, was Sie da im Einzelnen wollen.

Und wenn ich dann höre, was für Brocken uns hingeworfen werden: Sie wollen einen Generalmietvertrag abschließen – so etwas haben wir in der Stadt nur mit der Sprinkenhof AG, und das aus gutem Grund. Wie soll denn das funktionieren? Entweder erhält der Vertragspartner über diesen Generalmietvertrag von seinen eigenen Mietern zu wenig Miete, dann hat er wirtschaftliche Probleme, oder er erhält zu viel Miete, dann verdient er sich eine goldene Nase. Wir wollen weder das eine noch das andere.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Was ist denn Ihr Vorschlag? Was wollen Sie denn?)

Was soll das für ein Konzept sein, was Sie sich da im Einzelnen ausgedacht haben?

(Beifall bei der CDU)

Dann sagen Sie – auch das wieder zum Thema "keine Spielchen mehr", Frau Senatorin –, nach Ablauf des Vertrags, also nach 20 Jahren oder wann auch immer, soll über den Ankauf verhandelt werden. Da sage ich Ihnen im Namen der CDU-Fraktion: Ein Verkauf gerade dieser Flächen und

dieses zentralen Grundstücks ist aus Sicht der CDU falsch. Es war damals allgemeiner Konsens hier,

(Jan Quast SPD: Das ist allgemeiner Nonsens, was Sie da reden!)

dass es verkauft werden sollte, städtebaulicher Wettbewerb; Sie waren alle dabei. Wir haben uns dann aber in den Diskussionen und Gesprächen darauf geeinigt, dass wir es eben nicht verkaufen wollen. Jetzt sagen Sie, wir wollen es vielleicht verkaufen und mit der Genossenschaft über den Ankauf verhandeln. Was heißt das, das müssen Sie dann konkret sagen. Dieser Satz heißt zunächst gar nichts. Sie wollen verhandeln heißt, Sie wollen das Gespräch aufnehmen. Dann können Sie sagen, ich will das Gespräch nicht fortsetzen, oder Sie können sagen, unter den folgenden Bedingungen oder Voraussetzungen wird verkauft.

(Jan Quast SPD: Was ist Ihr Vorschlag?)

Sie müssen schon ganz konkret sagen, was Sie wollen. Unsere Vorstellungen habe ich Ihnen eben genannt: kein Verkauf städtischen Eigentums an dieser Stelle, unter keinen Umständen. Sie sagen nicht einmal – das würde auch die Fairness gegenüber der Genossenschaft gebieten –, unter welchen Bedingungen Sie verkaufen wollen. "Keine Spielchen mehr" haben wir gestern gehört, aber das sind Spielchen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das Zitat hat Ihnen gut gefallen oder?)

schlechte Spielchen zulasten der Genossenschaft, zulasten der Stadt und zulasten aller Beteiligten.

(Beifall bei der CDU)

Das ist insgesamt eine ganz schräge Logik,

(Dirk Kienscherf SPD: Sie und schräge Logik!)

eine SPD-Logik, zu sagen "unterschriftsreife Verträge" und "keine Spielchen mehr" und dann zu versuchen, dieses hier durchzuziehen.

Wir dürfen dieses Grundstück nicht verkaufen. Eine Genossenschaft ist für alles Mögliche eine wunderbare Rechtsform, aber natürlich kann auch eine Genossenschaft in die Insolvenz gehen, natürlich kann sich auch bei einer Genossenschaft der Vorstand ändern und der Aufsichtsrat. Wir haben dann überhaupt keinen Einfluss mehr darauf, wer letztlich diese Genossenschaft leitet im Wirtschaftlichen wie auch im Unternehmenspolitischen; das geben wir völlig aus der Hand. Sie wollen völlig auf jegliche Einfluss- und Kontrollmechanismen verzichten, wenn Sie dieses Grundstück auf die Genossenschaft übertragen wollen. Dieser Weg ist das Falscheste, was dieses Grundstück in den letzten Jahrzehnten gesehen hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Hamann, das Falscheste kann es nicht gewesen sein, das Falscheste waren die früheren Planungen. Da haben wir uns einheitlich gesagt, dass ein anderer Weg nötig sei. Aber ich möchte mich darüber beschweren, dass wir in einer Aktuellen Stunde quasi Verhandlungen führen; das ist im Parlament zumindest unüblich. Wir werden aber die verschiedenen Punkte gerne ein bisschen durchdiskutieren. Auch dieses Hickhack zuvor zwischen SPD und GAL war mir nicht so ganz klar, ein Hin und Her zwischen Liebe und Hass, ohne dass ich die Argumente richtig verstanden habe.

Mich hat irritiert, dass Herr Grote zwei Punkte genannt hat und die Frau Senatorin ebenfalls. Diese beiden Punkte unterschieden sich allerdings. Völlig klar war, was zum Thema des zusätzlichen Architekten gesagt wurde. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass der Architekt des Vertrauens dieser Genossenschaft der Streitpunkt sein kann. Wenn man so ein Projekt mit der Initiative gemeinsam macht, kann das nicht der Streitpunkt sein; das hat Herr Grote auch schon gesagt.

Die Senatorin hat allerdings gesagt, man wolle eine Übergabe, aber nicht zum jetzigen Zeitpunkt, sondern später. Herr Grote hat gesagt, man wisse gar nicht genau, ob man diese Übergabe so wolle und ob nicht die Möglichkeiten der Stadt, sich dort einzumischen, noch andere sein sollten. An dem Punkt unterscheiden sich beide deutlich, das ist doch auch die Befürchtung dabei. Wenn man der Initiative sagt, ihr bekommt das in zwei oder drei Jahren überschrieben – ich weiß nicht genau, welcher Zeitraum geplant ist –, dann ist nicht klar, in welcher Form das dann geschehen soll. Und wenn Sie sagen, das ist noch nicht klar, sondern wir werden den Gestaltungsspielraum dann nennen, dann sagen Sie doch, dass Sie dafür gegenwärtig kein Konzept haben. Dementsprechend bedeutet das für die Initiative eine Unsicherheit in diesem Prozess, das leuchtet mir ein. Wenn es so weit Vertrauen gäbe und man sagen würde, dieser Weg ist richtig, dann wäre der Übergang jetzt möglich und man könnte klare Vereinbarungen treffen. Das war mein erster Punkt.

(Beifall bei der LINKEN)

Der zweite Punkt, an dem ich große Befürchtungen habe, bezieht sich auf das Argument von Frau Kisseler, es sei wichtig, die Flächen für alle Bürger zu öffnen. Das ist völlig richtig und ein großer Anspruch. Die Schwierigkeit besteht aber doch darin, was gerade im kulturellen Bereich die Öffnung für alle Bürger bedeutet. Ist die Kunsthalle für alle Bürger geöffnet? Als Kulturpolitiker wissen wir, dass es da große Schwierigkeiten gibt. Die Kunsthalle

ist nicht für alle Bürger geöffnet, denn es gibt einen großen Teil von Bürgern, die dort nicht hingehen. Man kann der Kunsthalle die Auflage machen, sie müsse ein völlig neues Konzept entwickeln, damit sie sich für alle Bürger öffnet. Aber wie wird eine solche Debatte verlaufen? Das ist ein Anspruch, der so allgemein, unklar und nebulös ist, dass man damit eigentlich gar nichts anfangen kann. Und dann entstehen natürlich Befürchtungen, wenn man mit solchen Ansprüchen kommt.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, der Weg ist an und für sich klar. Eigentlich sind diese beiden Stöckchen leicht zu überspringen. Der Architekt dürfte nicht das Problem sein. Es wäre der vernünftige Weg, sich zum jetzigen Zeitpunkt mit der Initiative zu einigen und nicht erst in zwei Jahren. Gehen Sie diesen Weg, und zwar morgen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Grote, Sie haben das Wort.

Andy Grote SPD: Ich muss doch noch einmal etwas zu Herrn Hamann sagen, ich hätte mir das gerne geschenkt,

(Jörg Hamann CDU: Machen Sie's!)

weil es immer in gleicher Weise unerfreulich ist, wenn er sich äußert. Wirklich keine Fraktion hat ein derart klägliches und trauriges Bild abgegeben während des gesamten Gängeviertel-Prozesses über die ganzen zehn Jahre Ihrer Regierung

(Dietrich Wersich CDU: Wie die SPD Hamburg-Mitte mit Herrn Schreiber an der Spitze!)

und auch in der Zeit seit der Besetzung. Und dass Sie einen derartigen Ehrgeiz an den Tag legen würden, so nahtlos daran anzuknüpfen, das überrascht mich dann doch ein bisschen, Herr Hamann.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt muss angeblich ganz schnell etwas passieren. Seit zehn Jahren verfällt das Gängeviertel. Kurz vor Ihrer Regierungsübernahme gab es ein Konzept der SAGA. Ihr Finanzsenator Peiner hat entschieden, es auf den Markt zu bringen und an einen privaten Investor zu verkaufen.

(Jörg Hamann CDU: Sie haben es doch unterstützt, Herr Grote!)

Und an dieser Position haben Sie die ganzen Jahre über festgehalten. Nachdem Sie alles unternommen haben, es an einen privaten Investor zu verkaufen, sagen Sie, kein Verkauf mit der CDU. Jetzt, wo es an eine Genossenschaft gehen soll, ist es plötzlich falsch, das Grundstück zu verkaufen, da erkennen Sie den Wert. Das glauben Sie doch selbst nicht, Herr Hamann.

(Andy Grote)

(Dietrich Wersich CDU: Sie haben es nicht begriffen, Herr Grote!)

Vielleicht noch etwas zur Klarstellung an Herrn Hackbusch: Es gibt keine Divergenz. Ich glaube tatsächlich, dass man sich beim Architekten einigen kann. Es gibt den Wunsch, dass es einen gemeinsam ausgesuchten Architekten geben soll. Das finde ich schwierig, aber ich kann mir vorstellen, dass es eine engere architektonische Begleitung durch einen Architekten des Vertrauens der Initiative gibt, der sicherstellt, dass man während des Sanierungsverfahrens bei allen baulichen Fragen auf Augenhöhe ist. Das ist, glaube ich, machbar. Dass das möglicherweise nicht komplett so regelbar ist, wie die Initiative sich das vorstellt und wie Sie sich das auch vorstellen, hat etwas damit zu tun, dass das eine komplett öffentlich finanzierte und außerordentlich komplexe und umfassende Sanierung ist. Mit einem Verlauf von über acht Jahren und einem Volumen von 20 Millionen Euro wird das eines der größten Bauvorhaben der Stadt sein. Bei einem derartig hochkomplexen Projekt braucht man eben einen erfahrenen Sanierungsträger, der solche Verfahren auch durchführen kann. Insofern ist es auch sinnvoll, dass die Sanierung im Ganzen zu Ende geführt wird, denn Sie wissen ganz genau, dass alle Häuser miteinander verschränkt und verbunden sind und man sie während der Sanierungsphase nicht sinnvoll voneinander trennen kann. Deswegen ist es auch vernünftig, zuerst sämtliche soziokulturellen Flächen – Gewerbeflächen, alles, wo das eigentliche Leben heute im Gängeviertel spielt – sofort nach der Sanierung an die Initiative zu geben, aber mit den Gesamtgebäuden abzuwarten, bis die Sanierung durch ist. Auch da gibt es keine Divergenz, wir wollen das nicht sofort machen, aber es gibt die klare Zusage, dass nach ordnungsgemäßem und erfolgreichem Abschluss der Sanierung mit der Initiative, und auch nur mit der Initiative, verhandelt wird, dass sie das Gelände übernimmt.

(Jörg Hamann CDU: Was heißt denn verhandeln?)

– Sie müssten eigentlich wissen, was verhandeln heißt, Herr Hamann. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Jörg Hamann CDU: Das sind doch Spielchen, die Sie da machen!)

Präsidentin Carola Veit: Herr Duge, Sie haben das Wort.

Olaf Duge GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Grote, das ist schon ein merkwürdiger Umgang mit dem Wort "Unterschriftsreife". Ich glaube, Sie unterscheiden auch zwischen gefühlter Unterschriftsreife und tatsächlicher Unterschriftsreife.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Andy Grote SPD: Das ist das Einzige, an dem Sie sich jetzt noch festhalten!)

Ich denke, insgesamt ist noch etwas anderes aufgefallen. Dieses Projekt ist als ein integriertes Projekt zu verstehen, bei dem es nicht nur um Wohnungsbau und die Wohnungsbaugenossenschaft geht, sondern um eine integrierte sozial-kulturelle Einheit, die auch entsprechend begleitet werden sollte. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen – das ist ein wichtiger Punkt –, dass hier nicht nur die BSU, sondern auch die Kulturbehörde einbezogen werden muss.

(Beifall bei Jens Kerstan GAL – Andy Grote SPD: Das wird sie doch!)

– Aber Sie muss eine aktive Rolle haben, nicht nur im Beirat sitzen; eine solche aktive Rolle spielt sie im Moment nicht.

(Zuruf von der SPD)

– Reden kann man viel, aber tun muss man auch etwas.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Natürlich fällt es uns schwer, an einzelnen Punkten zum Sachstand etwas Genaues zu sagen oder zu sagen, wie man das anders machen kann. Legen Sie doch die Dinge endlich einmal auf den Tisch, damit wir uns das ansehen können.

(Zurufe von Andy Grote SPD)

– Herr Grote, Sie können mir das später noch erzählen, aber nicht so zwischendrin, zwischen Suppe und Kartoffeln.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Dieser Sachstand liegt uns nicht vor, entsprechend können wir natürlich zu den Details nichts sagen. Aber es geht natürlich nicht, dass eine Künstlerinitiative sich engagiert und dann bis nach Fertigstellung – ich weiß nicht, wie lange das dauert, acht, zehn oder zwölf Jahre – wartet, bis sie die Bewirtschaftung übernehmen kann; das muss schneller gehen.

(Beifall bei der GAL)

Ich möchte noch etwas zum Stichwort Augenhöhe sagen. Das bedeutet nicht nur, dass man einen Architekten des Vertrauens hinzuzieht, sondern auch, dass man die entsprechenden Vetorechte hat, um sich in die Gestaltung einmischen zu können. Da geht es ins Detail und da möchten wir ein bisschen Butter bei die Fische haben, um das entsprechend prüfen zu können.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.